

Die „Raibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganz. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganz., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Raibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. Jänner d. J. den Finanzrath der Finanz-Landes-Direktionsabtheilung in Preßburg, Alois von Motus, zum Oberfinanzrath im Oremium der Oedenburger Finanz-Landes-Direktionsabtheilung allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat den Lehrer des Freihandzeichnens an der k. k. Ober-Realschule auf der Landstraße, Johann Klein, über dessen Ansuchen in gleicher Eigenschaft an die k. k. Ober-Realschule am Schottenfelde versetzt und die hiedurch in Erledigung kommende Lehrerstelle für Freihandzeichnen an der erstgenannten Anstalt dem Lehrer desselben Faches an der k. k. Ober-Realschule in Linz, Joseph Grandauner, verlehren.

Der Staatsminister hat den provisorischen Lehrer an der Unter-Realschule zu Pirano, Johann Videncig, zum wirklichen Lehrer daselbst ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Raibach, 20. Jänner.

Die Ansichten über die von den beiden Großmächten in Bezug auf die deutsch-dänische Angelegenheit verfolgte Politik sind so verschieden, daß sie sich theilweise fast diametral gegenüberstehen. Die Einen brechen den Stab darüber, die Anderen haben Borte der Entschuldigung dafür. Die „D. D. P.“ beschäftigt besonders die Sorge, daß einzelne Mittelstaaten zur Wahrung ihres Souveränitätsrechtes und ihres selbstständigen Willens nunmehr ihre Blicke auf das Ausland richten können. „Nicht bloß das staatsrechtliche Band, das der Bund geschaffen, sondern auch die moralische Gewalt, die in demselben lag, erlittet etwaige Rheinbundsgedanken. Nun, wo man die Art an den ohnehin so gebrechlichen Bau der Konföderation Deutschlands gelegt und wo Oesterreich selbst das böse Beispiel gegeben hat, daß das europäische Interesse des Einzelstaates ihm gestattet, sich über den Bundeswillen hinauszusetzen, Oesterreich dessen eigenes Interesse ihm gebietet, den Bund zu schonen, zu halten und zu schützen: — nun werden die Sonderinteressen der einzelnen Fürstentümer im Stillen mit Kombinationen sich beschäftigen, die nur so lange geheim gehalten werden müssen, als sie das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen haben. Kommt die Stunde der Prüfung, so wird die Saat aufgehen, welche die Politik der Herren v. Bismarck und Reichberg jetzt ausgestreut hat. Die Lockrufe, welche das bekannte Zirkularschreiben Drouyn de Lhuys' an die deutschen Mittelstaaten gerichtet hat, sind von diesen gewiß nicht überhört worden. Heute allerdings ist noch keine Gefahr, daß jenen Schmeichelworten reelle Verbindungen folgen. Wenn aber erst der Zeretzungsprozeß des deutschen Bundes, der jetzt begonnen, größere Fortschritte gemacht hat, dann wird der Kaiser der Franzosen Dasjenige, wozu er durch seinen Kongreß nicht gelangen konnte, auf anderem Wege versuchen und die Chancen werden dann vortheilhafter für ihn stehen. Der Zug, den Preußen und Oesterreich jetzt nach Schleswig unternehmen, ist eine der abenteuerlichsten politischen Unternehmungen der neuern Geschichte; er kann in seinen Vorhängen, ja sogar Staatengruppen nicht minder verhängnisvoll, als die französische Expedition nach Mexiko. Was er zerstört hat, können wir heute schon beurtheilen, — was er schaffen wird, weiß Niemand. Zur „Erhaltung des Friedens“ wird er unternommen, und ein furchtbarer allgemeiner Krieg kann aus seinem Schooße sich entwickeln!“

Ganz anders faßt die „Oesterr. Ztg.“ die Sache auf; sie bezieht sich dabei auf Mittheilungen, welche die Minister in der Sektionsberatung des Finanzausschusses gemacht haben. Sie sagt: „Der Gedanke der Regierung besteht darin, daß Preußen und Oesterreich nicht gegen, sondern neben dem Bunde agiren, was ihnen in ihrer Eigenschaft als europäische Großmächte nicht verwehrt werden kann. Sie lassen die Successionsfrage offen. Der Londoner Vertrag bleibt daher bei Seite liegen und es handelt sich vor der Hand nur um die gegenseitigen Abschlüsse von 1851.“

Die beiden deutschen Großmächte glauben deshalb auf eigene Faust handeln zu müssen, weil die Annahme des darmstädter Antrages und dessen Vollzug nothwendiger Weise zu einem allgemeinen Kriege führen müßte; die Aktion der Großmächte aber beschränkt den Konflikt, wenn Dänemark Folge leistet, auf diesen Staat, da die nichtdeutschen Großmächte für diesen Fall kaum zu einer Intervention schreiten werden.

Am meisten werden jedoch dabei Seitens der beiden Großmächte die praktischen Folgen hervorgehoben. Eine Bundesexekution würde ziemlich viel Zeit in Anspruch nehmen, die wärmere Jahreszeit würde herankommen und der Danewik eine der festesten Positionen werden, deren Einnahme sehr viel Blut und Geld kosten würde. Preußen und Oesterreich haben die nöthige Truppenzahl marschfertig, die Okkupation Schleswigs kann in dieser Jahreszeit selbst bei der tapfersten Gegenwehr der Dänen in wenigen Wochen erfolgt sein. Schleswig wird so der dänischen Herrschaft und der dänischen Bedrückung los; dann kann die Frage in ihrem ganzen Umfange leichter gelöst werden, die keine bloß deutsche, sondern auch eine europäische ist. . . .

Diese Darlegung wird als die Ansicht auch der österreichischen Regierung gegeben, die sowohl dem Abgeordnetenhaus als dem Finanzausschusse die Beweise liefern will, daß in ihrem Vorgehen Nichts Abenteuerliches, Nichts Unvorbereitetes, sondern volle Konsequenz der Maxime liegt, Deutschlands Recht zu schützen, Oesterreich und Europa aber vor Schaden zu wahren. Wir wünschen, daß es ihr gelingen möge.“

70. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 19. Jänner.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Mecsery, Lasser, Plener, Burger, Hein.

Nach Verlesung des Protokolls verliest Präsi-dent eine Note des Herrenhauses, mit welcher das von diesem Hause beschlossene Finanzgesetz sammt den daran vorgenommenen Aenderungen zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung mitgetheilt wird.

Dr. Laschek beantragt zur Erzielung einer Uebereinstimmung der beiden Häuser eine gemeinschaftliche Konferenz von zwölf Mitgliedern, und zwar je sechs aus jedem Hause, niederzusetzen und den Finanzausschuß zu ermächtigen, sechs Mitglieder aus seiner Mitte für diese Konferenz zu wählen. (Wird angenommen.)

Finanzminister v. Plener. Zu dem Gesetze betreffend des Nothstandkredits in Ungarn seien im Art. 3 6,500,000 fl. zur Verwendung auf unverzinsliche Vorschüsse an kleinere Grundbesitzer unter Haftung der Gemeinden zur Verfügung gestellt. Es habe sich aber die Nothwendigkeit herausgestellt, auch solche, welche keinen Grundbesitz haben, zu unterstützen. Wenn auch 4 Millionen für öffentliche Arbeiten zc. bestimmt wurden, sei auch die Jahreszeit den öffentlichen Bauten nicht günstig und die Nothstandbezirke von dem Orte dieser Arbeiten zu entlegen. Die nothwendige Hilfe könne aber verschafft werden, wenn von 6½ Millionen für kleinere Grundbesitzer 2 Millionen zur Unterstützung an Nichtbesitzer verwendet würden. Diese

Unterstützungen würden ebenfalls als Vorschüsse unter Haftung der Gemeinden verabfolgt werden, wodurch die Natur der Verwendung nicht geändert würde. Er lege das betreffende Abänderungsgesetz auf den Tisch des Hauses und beantrage, den Gegenstand als Dringlichkeitsantrag zu behandeln. (Wird dem Finanzausschuß zugewiesen.)

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Schriftführerwahl. (Wird angenommen.) Zweiter Gegenstand ist Fortsetzung der Debatte über Luxussteuergesetz.

Berichterstatter Dr. Kaiser referirt über die zu S. 2 des Gesetzes gestellten Amendements. Der Ausschuß erklärt sich mit dem Amendment Baritin, daß Dienstboten erst nach zurückgelegtem 16. statt 14. Jahre zu besteuern sind, einverstanden, verwirft hingegen das Amendment Potocki, daß weibliche Dienstboten von der Besteuerung ausgenommen seien. Die Amendment Kromer, hylistische Aenderungen betreffend, befürwortet theilweise der Ausschuß. — Die Anträge Gull's, daß rücksichtlich Siebenbürgen eine Ausnahme vom Gesetze gemacht werde, weil dort eine Protektionstaxe für Dienstboten besteht, und Binder's, daß die Protektionstaxe von der Luxussteuer abgerechnet werde, befürwortet der Ausschuß nicht, weil das Subjekt der Protektionstaxe, der Dienstbote, das Subjekt der Luxussteuer aber, der Dienstherr sei. Wenn die Siebenbürger eine dießfällige Erleichterung wünschen, siehe es ihnen frei, die Initiative zu einer Abänderung der Protektionsteuer zu ergreifen.

Gull (Siebenbürgen). Er habe für Tagesordnung gestimmt, weil er geringe materielle Vortheile, dagegen aber große moralische Nachteile von dem Gesetze erwarte. Er gebe sich noch der Hoffnung hin, daß das Gesetz in 3. Lesung verworfen werden wird, sehe sich aber genöthigt, seine eventuell gestellten Anträge noch zu unterstützen. Redner sucht die Motive des Berichterstatters zu widerlegen und empfiehlt seine Anträge.

Nach einigen replizirenden Worten wird zur Abstimmung geschritten.

Der S. 2 wird nach der neuerlichen Fassung des Ausschusses (mit dem Amendment Baritin und dann theilweise mit den Amendements Kromer übereinstimmenden hylistischen Aenderungen) angenommen. Die Anträge Grocholski und Gull werden abgelehnt.

Zu S. 3 hat Abg. S. P. eine ein Amendement gestellt, für je 2 Personen einer Familie einen Dienstboten steuerfrei zu halten. Der Ausschuß erklärt, dieses Amendement nicht befürworten zu können. Dem Amendement des Freih. v. Walterskirchen, daß für je 5 Personen einer Familie 1 Dienstbote mehr, als der Ausschuß beantragte, steuerfrei sei, tritt der Ausschuß theilweise bei, indem er für die ersten 5 Personen einen Dienstboten mehr als steuerfrei beantragt, diese Befreiung aber nicht als steigende Skala für 10, 15 u. s. w. anwenden will.

Freiherr v. Walterskirchen hält seinen ursprünglichen Antrag aufrecht, welchen er gegen die Motive des Berichterstatters verteidigt. Bei der Abstimmung werden die Antragsanträge angenommen, das Amendement Walterskirchen wird abgelehnt.

Zu S. 4 (Besteuerung von Wagen) haben Graf Potocki und Kromer Amendements gestellt, Ersterer, indem er Wagen ohne Federn von der Besteuerung ausgeschloffen haben will, Letzterer verlangte die nähere Bestimmung der Bestimmung und einige hylistische Aenderungen. — Der Ausschuß ist dem Amendement Potocki theilweise beigetreten, während er die des Abg. Kromer verwirft.

Der S. 4 wird nach der neuen Fassung des Ausschusses angenommen.

Zu S. 5 und 6, diese sind bereits zum Beschluß erhoben.

S. 7 (Steuerätze für Pferde) wird ohne Debatte angenommen.

Börsenbericht.

Die Stimmung gedrückt durch Gerüchte von der Ablehnung Dänemarks. Wechsel auf fremde Plätze, Gold und Silber bei mäßigen Umständen um 1% höher gehalten.

Table with columns for 'Öffentliche Schuld', 'A. des Staates (für 100 fl.)', and 'B. der Kronländer (für 100 fl.)'. Includes sub-sections for 'Effekten- und Wechsel-Kurse' and 'Fremden-Anzeige'.

Table listing various stocks and bonds from different regions like 'Böhmen', 'Steiermark', 'Kärnt., Krain u. Küst.', etc., with columns for 'Gold' and 'Baare'.

Table listing stocks and bonds from 'Galiz Karol-Ludw-Bahn', 'Öst. Don-Dampsch-Gez.', etc., with columns for 'Gold' and 'Baare'.

Table listing exchange rates and gold prices under 'Wechsel' and 'Cours der Goldsorten'.

Telegraphische Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien den 20. Jänner 1864.

Fremden-Anzeige. Den 19. Jänner. Stadt Wien. Die Herren: Leben, Grundbesitzer, von Adelsberg...

Ein Jüngling von 17 Jahren rechtschaffener Familie, der bereits den II. Lehrkurs der Oberrealschule zu Görz...

Die dritte Abtheilung von Sattler's Kosmoramaen ist täglich von Morgens 9 Uhr bis Sonnenuntergang zu sehen.

Announce. Es wird ein Knabe aus einer achtbaren Familie als Praktikant für eine Gemischt-Waarenhandlung...

Wohnung im Hause Nr. 213 der Herrngasse, ebenerdig resp. ersten Stock, bestehend aus 4 Zimmern, Küche etc.

Advertisement for Gustav Stedry, Die Colonial-, Specerei-, Material- und Farbwaaren-Handlung, featuring 'weissen Elefanten' and 'Friedr. Wilh. Wendel'schen' products.

K. k. priv. Südbahn-Gesellschaft. Beförderung von Petroleum. Giltig vom 1. Februar 1864. Der Artikel 32 des neuen Betriebs-Reglements vom 1. Juli 1863 enthält über Beförderung von Petroleum folgende Bestimmung:

Advertisement for Johann Klebel, Die Spezerei-, Material-, Wein- und Delikatessen-Handlung, featuring various delicacies and wines.